



### Presseschau vom 11.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Logwinowo, Kalinowka und Kalinowo-Bortschtschewatoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **57-mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **20 Ortschaften der Republik** mit Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Mörsern verschiedenen Kalibers, lenkbaren Antipanzerraketen, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Kiew kündigt US-Inspektionsbesuch auf Krim an.

Ein multinationales Inspektionsteam, geführt von den USA, kommt am Montag in die Ukraine, um die militärpolitische Situation in der zentralen und der südöstlichen Region des Landes zu überprüfen. Das geht aus einer Erklärung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte hervor.

Das Inspektionsteam, dem unter anderem Vertreter von Dänemark und Kanada angehören, soll die Truppenverbände besuchen, die in der Konfliktzone der Region Donbass stationiert

sind.

„Die US-Seite hat außerdem das Territorium der Autonomen Republik Krim ins Inspektionsprogramm aufgenommen. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass die USA die Annexion der Halbinsel durch die Russische Föderation nicht anerkannt haben“, heißt es in der Erklärung des ukrainischen Militärs.

Der Inspektionsbesuch finde in Übereinstimmung mit dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa statt, wird unterstrichen.

Moskau hat noch keinen Kommentar zur bevorstehenden Inspektionsreise abgegeben. Nach dem Staatsstreich von 2014 in Kiew war die Krim aufgrund der Ergebnisse eines Referendums der Russischen Föderation beigetreten. Für die Wiedervereinigung mit Russland hatten 96,77 Prozent der Einwohner der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner von Sewastopol gestimmt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31824/95/318249528.jpg>

Dan-news.info: „Die Nacht verlief sehr laut: die ukrainischen Streitkräfte haben mit schweren Waffen unseren gesamten Bezirk beschossen. Dadurch haben die Einwohner von **Leninskoje, Saitschenko, Sergejewka, Dershinskoje** keinen Strom. Das Dorf **Kominternowo** hat seinem dem Abend keinen Strom. Insgesamt betrifft das etwa 300 Menschen“, sagte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij. Er fügte hinzu, dass es einen Toten und Verletzte gibt. Derzeit laufen bereits die Reparaturarbeiten an den Stromleitungen.

Lug-info.com: „In Krasnodon ereignete sich im Hof des Gebäudes des Kulturhauses der Jungen Garde die Detonation einer unbekanntes Sprengvorrichtung, dadurch wurde die Ausfahrt des Hofes auf einer Fläche von 0,8 Quadratmetern beschädigt. Tote und Verletzte gibt es keine“, teilte der Leiter der diensthabenden Schicht des Zentrums zur Koordination in Krisensituation des Zivilschutzministeriums der LVR, Oberstleutnant des Zivilschutzes Wjatscheslaw Tretjakow, mit.

de.sputniknews.com: Syrien: Militär dementiert Meldung über Angriff auf russischen Militärkonvoi.

Die Meldung über eine Attacke der Terroristen auf einen russischen Militärkonvoi in der syrischen Provinz Latakia hat nicht den Tatsachen entsprochen, wie am Samstag ein Sprecher des russischen Luftstützpunktes Hmeimim gegenüber der Presse erklärte.

„Es hat keinerlei ‚Überfälle‘ auf russische Militärangehörige oder Fahrzeugkonvois in der Provinz Latakia (Syrien) gegeben. Der Luftstützpunkt Hmeimim funktioniert im üblichen

Regime“, sagte er.

Zuvor waren in den Medien Meldungen aufgetaucht, dass Terroristen unweit des Luftstützpunktes Hmeimim mithilfe eines mit Sprengstoff gespickten Fahrzeugs einen russischen Militärkonvoi angegriffen haben sollen...

Dan-news.info: Erklärung von Darja Morosowa zum Fall der ungesetzlichen Festnahme von Einwohnerinnen des Donbass durch den Sicherheitsdienst der Ukraine

Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine haben begonnen, Frauen aus dem Donbass, die keinerlei Beziehung zum Konflikt auf dem Territorium des Donbass haben, zu entführen. Die repressiven Methoden des SBU sind in jedem der Fälle die gleichen. Zu Beginn werden die jungen Frauen entführt, dann werden sie gefoltert und aufgrund der Folter sind die schutzlosen Frauen bereit alles zu tun und zu sagen, was verlangt wird. Ich will anmerken, dass die Spezialdienste der Ukraine auf Anfragen von Verwandten und Freunde nicht antworten, solange sie kein Geständnis der Festgenommenen haben. Derzeit werden von Mitarbeitern des SBU etwa 40 Frauen unter der Beschuldigung nicht existenter Verbrechen festgehalten.

Unter den Festgehaltenen ist Darja Mastikaschewa, die entführt und tagelang gefoltert wurde. Die junge Frau hat vor einer Videokamera Verbrechen zugegeben, die sie nicht begangen hat. In der Aufzeichnung, die vom Leiter des SBU Wassilij Grizak vorgelegt wurde, war das Gesicht Mastikaschewa aus unbekanntem Grund verdeckt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der SBU so die Anwendung von unerlaubten Methoden physischer Einwirkung ihr gegenüber verbergen wollte. Im Ergebnis weisen die Mitarbeiter des Spezialdienstes alle Beschuldigungen von sich und versuchen, die junge Frau ohne gesetzliche Grundlage in einer spezialisierten psychiatrischen Einrichtung „einzusperren“.

Wenig später wurde von Mitarbeitern des SBU die Bürgerin Julija Prosolowa festgenommen. Die junge Frau fuhr nach Mariupol und verschwand. Zehn Tage nach ihrem Verschwinden wurde von Wassilij Grizak ein inszeniertes Video veröffentlicht, in dem die eingeschüchterte und misshandelte Frau die Schuld für ein Verbrechen übernimmt, zu dem sie keinerlei Beziehung hat. Derzeit ist ihr Aufenthaltsort unbekannt.

Ebenfalls möchte ich an das Schicksal von Nadeshda Koslowa erinnern, die sich derzeit mit einem Säugling in einer Justizvollzugsanstalt befindet. Die junge Frau versuchte, ihre Ehre gegen einen Angriff von Vertretern von Freiwilligenbataillonen der Ukraine zu verteidigen und warf dabei zur eigenen Verteidigung eine Granate auf einen von ihnen. Aber zu diesem Fall behaupten die ukrainischen Behörden, dass Koslowa alle, die sich in der Nähe befanden, mit einer Granate bedroht und sie aufgefordert habe „sie in das Stadtzentrum zu fahren“.

Eine weitere der unschuldigen Frauen, die von Spezialdiensten der Ukraine festgenommen wurden, ist Olga Agranowitsch. Sie arbeitete als Geburtshilfeärztin und hat keinerlei Beziehung zum Konflikt auf dem Territorium des Donbass, aber die junge Frau wurde auch von Mitarbeitern der SBU aus unbekanntem Gründen festgenommen. Mit jedem Mal werden die Beschuldigungen, die gegenüber den Festgenommenen von Seiten der Ukraine vorgebracht werden, immer absurder. Diese Frage wird auf jeden Fall auf der nächsten Sitzung der humanitären Untergruppe in Minsk eingebracht.

Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR, Darja Morosowa

de.sputniknews.com: „Hand Russlands in Katalonien“: Russische Botschaft bezichtigt El País der Fake-News.

Die russische Botschaft in Madrid hat in einer Erklärung die Behauptungen spanischer Medien über die angebliche „Hand Russlands in Katalonien“ verurteilt.

„Wir staunen immer wieder, dass einige spanische Medien Aufsehen um die angebliche ‚Hand Russlands in Katalonien‘ machen. Sie helfen dem Leser nicht, den wirklichen Ursprung sowie

mögliche Wege zur Lösung der Probleme in dieser autonomen Gesellschaft zu sehen“, heißt es in der Erklärung der Botschaft. „In Russland können die Journalisten genauso wie in Spanien ihre Meinung frei äußern, aber unsere journalistische Kultur lässt es uns nicht zu, Fake-Nachrichten zu propagieren.“

In der Erklärung wird auch auf das Paradox aufmerksam gemacht: Die russischen Medien werden als „regierungstreu“ gebrandmarkt, egal ob sie eine offizielle Position vertreten oder andere Ansichten äußern.

Als Beispiel führt die Botschaft einen Fall an, wo spanische Medien, um ein „großes Komplott Russlands“ aufzudecken, die Worte eines moldauischer Politikers zitiert hatten. Der Politiker sei als Moskauer Agent und „TV-Moderator“ namens „Voskresnoe Vremya“ (dt: Sonntägliche Zeit) vorgestellt worden. „Und das sollen Argumente sein“, ironisiert man in der Botschaft.

Außerdem sei erstaunlich, dass die Forderung der US-Administration, den russischen Fernsehsender RT als ausländischen Agenten zu registrieren, Beifall ausgelöst habe: „Und wo bleibt da die Sorge um die Pressefreiheit? Bravo, Kollegen aus ‚El País‘“, heißt es in der Erklärung.

Zuvor hatte die Zeitung „El País“ mehrere Artikel zu den angeblich unsachlichen Berichten russischer Medien über die Situation in Katalonien veröffentlicht. Die russischen Behörden hatten indes wiederholt betont, dass sie die Situation in Katalonien als eine innere Angelegenheit Spaniens betrachten würden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30365/23/303652368.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 57.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen und des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen...(es folgt eine detaillierte Aufzählung der Geschosse – Anm. d. Übers.)

Durch Beschuss mit 152mm-Artillerie und Schützenpanzerwagen ist Kominternowo vollständig ohne Strom, ohne Strom sind auch weitere vier Ortschaften. Derzeit laufen die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 1265.

ukrinform.ua: US-Inspektoren kommen ins ATO-Gebiet. Sie wollen auch Krim besuchen. Eine multinationale Inspektionsgruppe aus den USA, zu der auch Vertreter aus Dänemark und Kanada gehören, besuchen die Ukraine am 13. November, ließ der Generalstab der

Streitkräfte der Ukraine mitteilen.

„Der Zweck des Besuchs ist die Beobachtung der militärisch-politischen Situation in den zentralen und südöstlichen Regionen des Staates. Es wird erwartet, dass das Inspektionsteam die Militäreinheiten im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) in den Regionen Donezk und Lugansk besuchen wird“, heißt es in der Mitteilung.

Außerdem habe die amerikanische Seite vor, die Autonome Republik Krim zu inspizieren, was ein weiterer Beweis für die Nichtanerkennung der Annexion der Halbinsel durch die Russische Föderation seitens der USA sei, betonte der Generalstab.

Die Verwaltung des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine erklärte auch, solche Maßnahmen hätten eine wichtige Bedeutung im Kontext der Verbreitung von wahrheitsgemäßen und unbefangenen Informationen über die Situation in der Ukraine unter den OSZE-Mitgliedsstaaten, was zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft beitragen werde, die auf die Regelung des Konflikts im Donbass gerichtet sind.

Es wird auch berichtet, dass die Ukraine in dieser Woche eine Inspektionsgruppe aus Deutschland besucht hat. Zur Delegation gehörten auch Vertreter Frankreichs und Norwegens.

de.sputniknews.com: „Kranke Fantasie Kiews“: Krim-Behörden zu angekündigtem US-Inspektionsbesuch

Der Vizepremier der Krim, Dmitri Polonski, hat die Erklärung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte über den US-Inspektionsbesuch auf der Krim in einem Gespräch mit dem Fernsehsender RT kommentiert.

„Es gibt nur einen Staat auf der Welt, der die Situation in der Republik Krim kontrollieren darf. Dieser Staat ist Russland, dessen integraler Bestandteil die Krim auch ist. Mir fällt es schwer zu sagen, in welcher kranken Fantasie sich die ukrainische Seite solche Besuche ausdenkt. Aber ich glaube, dass diese Initiative auch auf Fantasieebene bleiben wird“, sagte Polonski.

Der Politiker betonte außerdem, dass die Krim offen für alle sei, die die Halbinsel mit freundschaftlichen Zielen besuchen wollen.

„Die Krim-Bewohner sind gastfreundlich, wir warten immer auf Gäste. Kürzlich hat das Forum der Krim-Freunde stattgefunden — Vertreter mehrerer Länder kamen zu uns und sahen sich an, wie wir hier leben und uns entwickeln, wie schnell wir die neue Krim aufbauen. Daher warten wir immer auf Freunde. Und sollte uns jemand seine ‚Freundschaft‘ aufzwingen, werden wir darauf entsprechend reagieren“, so Polonski weiter.

Zuvor hatte Kiew angekündigt, dass ein multinationales Inspektionsteam, geführt von den USA, am Montag in die Ukraine komme, um die militärpolitische Situation in der zentralen und der südöstlichen Region des Landes, darunter auch auf der Krim, zu überprüfen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30186/48/301864815.jpg>

de.sputniknews.com: Putin: USA wählten Weg der faktischen Schließung russischer Medien im Land.

Die USA haben laut Wladimir Putin den Weg der faktischen Schließung russischer Medien im Land gewählt. Wie Russlands Präsident am Samstag vor Journalisten im vietnamesischen Da Nang ausführte, wo aktuell der APEC-Gipfel stattfindet, ist der Angriff auf russische Medien zweifellos ein Angriff auf die Redefreiheit.

Die Verantwortlichen für den Angriff auf russische Medien in den USA hätten damit geprahlt, die führenden Demokraten der Welt zu sein, so Putin.

„In diesem Zusammenhang wurde die Redefreiheit immer als Fackel der Demokratie auf den Schild gehoben. Ohne Redefreiheit gibt es keine Demokratie. Der Angriff auf unsere Medien in den Vereinigten Staaten ist zweifellos ein Angriff auf die Redefreiheit“, betonte er.

Die im russischen Parlament besprochenen Gegenmaßnahmen könnten vielleicht zu scharf sein, dennoch werde Moskau, setzte der Präsident fort, „auf jeden Fall“ irgendeine spiegelbildliche Antwort formulieren.

Dabei verwies Putin darauf, dass es „keine Bestätigungen der Einmischung russischer Medien in den Wahlkampf (der USA – Anm. d. Red.) gibt und nicht geben kann“.

„Die Medien äußern ihren Standpunkt. Sie geben Informationen, interpretieren und äußern ihren Standpunkt. Man kann diesen bestreiten, aber nicht durch die Schließung oder Schaffung von Unmöglichkeiten zur Umsetzung der professionellen Pflichten. (...) Nein, man wählte den Weg der faktischen Schließung. Die Antwort wird angemessen, spiegelbildlich sein“, schloss der Staatschef.

## **nachmittags:**

ukrinform.ua: Klimkin: UN-Resolution über Friedenstruppen für Donbass ist praktisch fertig. Die Ukraine, die USA, Deutschland und Frankreich haben den gemeinsamen Entwurf der UN-Resolution über die Friedenstruppen für den Donbass praktisch schon vorbereitet, erklärte der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, berichtete die Internetseite [podrobnosti.ua](http://podrobnosti.ua).

„Ich habe vor ein paar Stunden mit Kurt (dem US-Sonderbeauftragten für die Ukraine Kurt Volker – Red.) gesprochen. Wie haben die Hauptparameter unserer Position abgestimmt. Wir haben den Text der Resolution, unser Projekt, praktisch vorbereitet. Das sind die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich, wir arbeiten auch mit Großbritannien zusammen. Das Wesentliche ist, das ganze Territorium ist besetzt. Wir kennen die Grundelemente unserer Position, wir haben einen Plan, wie wir weiter Druck ausüben können“, sagte der Außenminister.

Er betonte ferner, die Frage über den Zeitrahmen der Friedensmission sei noch nicht behandelt worden, und die Frage über die Personalstärke der Mission werde etwas später erörtert werden.

„Wir haben einen Plan, wie viel man braucht. Wir werden das etwas später erörtern. Es hängt davon ab, ob wir die Logik dieser Resolution durchsetzen können. In Bezug auf die Anzahl werden Gespräche geführt, und wir haben eine klare Position, wie viel man braucht“, erklärte Klimkin.



[https://static.ukrinform.com/photos/2015\\_11/thumb\\_files/630\\_360\\_1446839288-1251-ministr-inostrannyih-del-ukrainyi-pavel-klimkin.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2015_11/thumb_files/630_360_1446839288-1251-ministr-inostrannyih-del-ukrainyi-pavel-klimkin.jpg)

Dan-news.info: „Es wurde bekannt, ein ziviler Einwohner von Alexandrowka in der „grauen Zone“ auf eine Sprengeinrichtung geriet – zwischen der Ortschaft und Marjinka (von der ukrainischen Streitkräfte kontrolliert). Nach vorläufigen Informationen hat eine Verletzung am Bein“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von Alexandrowka im Petrowskij-Bezirk von Donezk Konstantin Tschalyj mit. „Dieser Vorfall geschah gestern Abend, am Morgen haben örtliche Einwohner den Mann entdeckt. Derzeit gibt es keine Möglichkeit, den Verletzten zu evakuieren, weil ukrainische Soldaten den Ort mit Scharfschützenwaffen beschießen“. Tschalyj erläuterte, dass der Mann nach vorläufigen Angaben etwa 50 Jahre alt ist. Genauere Informationen über seinen Zustand werden noch eingeholt. Die Behörden der Ortsverwaltung tun alles ihnen Mögliche, um den Verletzten möglichst schnell in ein Krankenhaus zu evakuieren.

Dan-news.info: „Energietechniker haben die Stromversorgung in den fünf Dörfern im Nowoasowskij-Bezirk bereits wieder in Betrieb genommen. Alle Einwohner haben Strom“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Anatolij Janowskij mit.

de.sputniknews.com: Staatsduma zu möglichen Varianten des US-Inspektionsbesuchs auf der Krim:

Der Vizechef des Staatsduma-Ausschusses für Nationalitäten, Ruslan Balbek, hat in einem Gespräch mit dem Fernsehsender RT Vermutungen geäußert, auf welche Weise die Ukraine den US-Inspektionsbesuch auf der Krim organisieren kann.

„Die Ukraine unternimmt erneut erfolglose Versuche, der Weltgemeinschaft ihre mutmaßliche Kontrolle über die Halbinsel zu zeigen. Ohne ein russisches Visum werden die amerikanischen Inspektoren aber nur Luftküsse über die Krim-Grenze schicken können. Die ukrainische Seite könnte für ihre US-Kollegen auch eine Krim-Reise im Format des virtuellen Modellierens oder quasi auf der Landkarte organisieren. Jene haben auch die Möglichkeit, ein russisches Visum zu beantragen und die Grenze der Halbinsel legal zu überschreiten, aber ich zweifle daran“, sagte Balbek.

Zuvor hatte Kiew angekündigt, dass ein multinationales Inspektionsteam, geführt von den USA, am Montag in die Ukraine komme, um die militärpolitische Situation in der zentralen und der südöstlichen Region des Landes, darunter auch auf der Krim, zu überprüfen. Der Vizepremier der Krim, Dmitri Polonski, hatte diese Ankündigung eine „kranke Fantasie“

Kiews genannt.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das **Regime der Feueinstellung achtmal verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Kalinowka, Kalinowo-Borschtschewatoje und Logwinowo**. Die ukrainischen Streitkräfte haben 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden mehr als 30 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert dies ist erheblich weniger als in den letzten Tagen.

Die Verteidigungsbehörde der Republik hat wieder Informationen über den äußerst schlechten moralisch-psychischen Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte erhalten.

In einer Einheit der 58. Panzergrenadierbrigade, die in Solotoje stationiert ist, hatte ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte ein Nervenzusammenbruch auf der Grund des Unwillens in der „ATO“-Zone Dienst zu tun. Daraufhin hat er sich mit einem Papiermesser die Ader am Handgelenk aufgeschnitten.

Die Kiewer Soldaten trinken weiter und streiten.

In Lisitschansk sitzen Soldaten der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte täglich im Café und trinken Alkohol, was mit nicht genehmigter Verwendung der persönlichen Waffen, Streit und Prügeleien an den Orten der Trinkgelage endet.

Ukrinform.ua: Im Konfliktgebiet zwei ukrainische Soldaten verletzt.

Während des letzten Tages seien durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) zwei ukrainische Soldaten verletzt worden, gab heute auf einem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Oberst Andrij Lysenko, bekannt.

„In den letzten 24 Stunden sind infolge der Kämpfe keine ukrainischen Soldaten getötet worden. In der Nähe des Butowka-Bergwerks und von Wodjane wurden durch feindlichen Beschuss zwei ukrainische Soldaten verletzt. Sie wurden sofort in Militärspitäler gebracht“, sagte Lysenko.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, lenkbare Antipanzerraketen, Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **14 Ortschaften** hat der Gegner 14 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, 124 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 218 des Kalibers 82mm sowie ein lenkbares Antipanzergeschoss abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte mit Artillerie des Kalibers 152mm fünf Granaten auf Kominternowo abgeschossen. Dadurch wurden zwei Häuser in der Ortschaft beschädigt, fünf Ortschaften haben keinen Strom. Außerdem hat der Gegner auf die Gebiete von drei Ortschaften 46 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Gebiete von Sajzewo und dem Isotow-Bergwerk mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **57 Verletzungen des Regimes der**

**Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Der Feind terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung unserer Republik, indem er zielgerichteten Beschuss auf Infrastrukturobjekte durchführt.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung der gestrige Schlag mit 152mm-Artillerie auf das Territorium von Kominternowo von den Artilleristen der 4. Abteilung der 4. Artilleriebrigade verübt. Der Abteilungskommandeur Oberstleutnant E. B. Mamedow leitete persönlich den Beschuss.

Der Schlag erfolgte zielgerichtet auf einen Strompfeiler. Im Ergebnis der Zerstörung des Pfeilers haben die Ortschaften Kominternowo, Dsershinskoje, Leninskoje, Nowaja Tawrija, Saitschenko bis jetzt keinen Strom.

Dies sind bewusste Handlungen der Strafruppen, die auf das Genozid der Bevölkerung des Donbasss gerichtet sind, insbesondere im Vorfeld der Kälteeinbrüche.

Die verbrecherischen Handlungen des Funktionsträgers werden nicht unbemerkt bleiben. Wir sammeln Beweise der unmittelbaren Schuld ukrainischer Verbrecher. Und in einem schönen Moment wird jeder von ihnen bei der Ausreise aus der Ukraine auf der Grundlage der Entscheidungen internationaler juristischer Instanzen festgenommen werden.

Außerdem wird von unserer Aufklärung die Ankunft einer Überprüfungskommission in der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die einen Verteidigungsabschnitt von Granitnoje bis Nowotroizkoje in Richtung Mariupol einnimmt, registriert.

Wir prognostizieren ein Anwachsen der Zahl der Beschießungen an diesem Abschnitt, wo die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte alle ihre unmenschlichsten Eigenschaften vor den Mitgliedern der Kommission demonstrieren können.

Außerdem haben wir Informationen über die Ankunft des Brigadekommandeurs Oberst O. W. Sentschenko im Verantwortungsbereich des 3. Bataillons der 25. Luftlandebrigade erhalten.

Wir schließen nicht aus, dass die Anwesenheit des Brigadekommandeurs im Verantwortungsbereich des 3. Bataillons das Ziel hat, eine weitere Provokation gegen Einwohner von Ortschaften der DVR und der zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebiete vorzubereiten.

de.sputniknews.com: Brief an Putin übergeben: Nordkorea zu Atomschlag gegen USA bereit. In einem Brief, den die nordkoreanische Delegation über die Vorsitzende des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Valentina Matwijenko, an Präsident Wladimir Putin im Oktober übergeben haben soll, hat sich Pjōngjang zu einem Atomschlag gegen die USA bereit erklärt. Darüber sprach eine informierte Quelle gegenüber RIA Novosti am Samstag.

Im Anschluss an die Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) Mitte Oktober in Sankt Petersburg hatte Matwijenko der Quelle zufolge erklärt, dass die Vertreter aus Pjōngjang ihr die „Reaktion des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un auf Trumps Auftritt bei der Uno“ übergeben hätten.

„In dem Brief, der für Wladimir Putin bestimmt war und über Valentina Matwijenko überreicht wurde, hieß es, Pjōngjang sei zu einem Atomschlag gegen die USA bereit“, so die Quelle.

Das Schreiben soll sogar Washingtons Haltung in dieser Frage beeinflusst haben.

„Die US-amerikanische Seite wurde über den Brief in Kenntnis gesetzt, wonach sich Washingtons Position in Bezug auf Nordkorea geändert hat“, so die Quelle weiter.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31698/97/316989769.jpg>

Dan-news.info: „Es ist uns gelungen, mit der ukrainischen Seite auf dem Verhandlungsweg trotz allem eine Sicherheitsgarantie ihrerseits zu erreichen, um den Mann, der nicht weit von Alexandrowka auf eine Mine geraten ist, zu evakuieren“, teilte der Leiter der Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination Ruslan Jakubow mit. Er fügte hinzu, dass sich der Verletzte nahe an den ukrainischen Positionen befindet.

de.sputniknews.com: Ukraine: Abgeordnete schlagen vor, Poroschenkos Vollmachten einzuschränken.

Die ukrainische Partei „Volksfront“ hat vorgeschlagen, in der Ukraine eine Verfassungsreform durchzuführen, die die Vollmachten des Präsidenten des Landes einschränken könnte. Dies teilte der Abgeordnete der Werchowna Rada, Anton Geraschtschenko, am Samstag mit.

„Die Volksfront schlägt dem Präsidenten, unseren Koalitions- und Oppositionspartnern vor, eine große Verfassungsreform zur Einschränkung der Präsidentenvollmachten durchzuführen“, zitiert der TV-Sender „112 Ukraine“ Geraschtschenko. Als Beispiel führte der Abgeordnete ein Modell an, das in Deutschland und Polen in Gebrauch genommen wurde: Der Präsident ist Garant der Verfassung, darf sich aber nicht in den Arbeitsprozess der Exekutivmacht einmischen.

Dem Abgeordneten zufolge ist die Notwendigkeit derartiger Veränderungen dadurch bedingt, dass die Vollmachten des Staatsoberhauptes bislang sehr groß sind: Er ernennt Gouverneure, die Oberhäupter von Gebietsadministrativen, zwei Minister und nimmt zudem an der Bildung mehrerer Verfassungsorgane teil.

Laut Geraschtschenko stören solch breite Vollmachten des Präsidenten die Entwicklung der Ukraine, weil sie „einen Konflikt zwischen der Exekutivmacht und der Präsidentenvertikale schaffen“.

Dan-news.info: „Gestern wurde von beiden Seiten im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Sicherheitsgarantie zur Anfahrt einer spiegelbildlichen Patrouille der OSZE-Mission in den Dörfern Schirokino und Sachanka vereinbart, um Arbeiten zur technischen Wartung der Videokamera, die in Schirokino installiert ist, durchzuführen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. „Außerdem sollten eine Patrouille der Mission und Vertreter der Beobachtergruppe des GZKK „Besymennoje“ die Folgen des Beschusses von Kominternowo erfassen. Aber zurzeit können die Beobachter der OSZE-Mission und des GZKK weder nach Kominternowo noch nach Sachanka fahren, weil

die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf **Kominternowo** eröffnet haben“. Nach der Information Jakubows haben die ukrainischen Truppen etwa zehn 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

de.sputniknews.com: Bulgarien verurteilt Schändung von sowjetischem Soldatendenkmal in Plovdiv.

Das Außenministerium Bulgariens hat seine scharf ablehnende Haltung gegen die Schändung des Denkmals für den sowjetischen Befreiungssoldaten, im Volksmund „Aljoscha-Denkmal“, in der Stadt Plovdiv zum Ausdruck gebracht.

„Das Außenministerium Bulgariens verurteilt entschieden einen weiteren Akt des Vandalismus, der gegenüber dem Denkmal ‚Aljoscha‘ in Plovdiv begangen und bei dem Nazi-Symbole und antisemitische Losungen genutzt wurden“, heißt es in einer Erklärung auf der amtlichen Webseite der Behörde.

Derartige Akte des Vandalismus „widersprechen der traditionellen Toleranz, die dem bulgarischen Volk eigen ist“, heißt es.

Das Ministerium bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Rechtsschutzorgane die Schuldigen finden und zur Verantwortung ziehen werden.

Russland hatte zuvor eine Note an das bulgarische Außenministerium im Zusammenhang mit der Schändung des Denkmals für die Sowjetische Armee in Sofia gerichtet.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31825/43/318254380.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 14:30 Uhr begann ein Beschuss von **Besymennoje**, es wurden Treffer von 82mm-Mörsergeschossen 300 Meter von dem Beobachtungspunkt des GZKK festgestellt. Die Vertreter des GZKK sind alle gezwungen sich in einem Unterstand in Schutz zu bringen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Er merkte an, dass die russische Seite im GZKK sich mehrfach mit den ukrainischen Vertretern in Verbindung gesetzt hat, mit der Bitte, ein „Regime der Ruhe“ einzurichten, aber der Beschuss geht weiter.

de.sputniknews.com: „Potenzielle Geiseln“: Kiew fordert Stopp des Zugverkehrs nach Russland.

Der Beauftragte des ukrainischen Präsidenten auf der Krim, Boris Babin, hat in einem Beitrag für die Wochenzeitung „Serkalo Nedeli“ vorgeschlagen, die Zugverbindung nach Russland einzustellen.

Wie Babin schreibt, sind alle Ukrainer, die nach Russland reisen, „potenzielle Geiseln“,

weshalb ihr Verkehr minimiert werden solle.

„Bedauerlicherweise zeigte die Gesellschaft lange Zeit nach dem Ausbruch des Konfliktes Toleranz gegenüber der massenhaften Arbeits- und Sozialmigration der Ukrainer in die Russische Föderation. Und sie bleibt auch jetzt tolerant“, so Babin in seinem Gastbeitrag. Hierbei widmen ukrainische Patrioten ihm zufolge der Tatsache keine Aufmerksamkeit, dass täglich aus verschiedenen Regionen des Landes – von Lwiw bis Cherson – Züge der ukrainischen Eisenbahngesellschaft (UkrSalisnyzja) nach Moskau fahren.

„Gerade eine breite öffentliche Empörung, die dieses Verbot auslösen könnte, hält jetzt als einziger Faktor die Behörden von diesem erzwungenen, schmerzhaften, aber nötigen Schritt ab“, so Babin weiter.

Zwischen Russland und der Ukraine kursieren noch Personenzüge, deren Anzahl aber deutlich geringer ist als vor dem Staatsstreich 2014 in Kiew. Dennoch nahm allein im ersten Halbjahr 2017 die Anzahl der nach Russland gereisten Ukrainer nach Angaben des ukrainischen Grenzschutzes um mehr als 50 Prozent auf 2,6 Millionen Menschen zu.

Im Oktober 2015 hatte die ukrainische Regierung den 25 größten russischen Airlines Flüge in die Ukraine und teilweise auch den Überflug verboten. Moskau reagierte mit ähnlichen Strafmaßnahmen: Ebenfalls vom Oktober an wurde der russische Luftraum für ukrainische Fluggesellschaften gesperrt.

### **Abends:**

de.sputniknews.com: Ukraine: Neues Gesetz stuft jede Zusammenarbeit mit Russland als Hochverrat ein.

Unter dem neuen Gesetz zur Reintegration des Donbass wird laut dem Vorsitzenden des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexander Turtschinow, jegliche Zusammenarbeit eines Ukrainers mit Russland als Hochverrat betrachtet.

„Nach der Verabschiedung des Gesetzes, das Russland als Aggressor einstuft, wird dies bereits auf gesetzgeberischer Ebene in das praktische Gleis gebracht. Dies wird nicht nur mein Wunsch, sondern auch die Geltung des Gesetzes sein, dem zufolge der Staat entsprechende Maßnahmen ergreifen wird“, sagte Turtschinow laut dem TV-Sender „112 Ukraina“ am Samstag gegenüber Journalisten.

Ihm zufolge hat die Ukraine für die Rückgabe des Donbass vor, sowohl von der militärischen Aggression als auch von diplomatischen Mitteln Gebrauch zu machen. Dabei wies Turtschinow die Gerüchte zurück, wonach der Gesetzentwurf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland vorsähe.

Wenige Tage zuvor hatte Turtschinow jenen Landsleuten, die mit Russland im Rüstungsbereich zusammenarbeiten, mit „Festnahme und Erschießung“ gedroht.

Parlament in Kiew verabschiedet in erster Lesung Gesetz über Donbass-Reintegration  
Am 4. Oktober hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko einen Gesetzentwurf über die Reintegration des Donbass ins Parlament eingebracht. Darin wird Russland als „Aggressor-Land“ bezeichnet, das einen Teil des ukrainischen Territoriums „zeitweilig besetzt“ habe. Laut Medienberichten sieht die Gesetzesvorlage eine mögliche Verhängung des Kriegszustands in verschiedenen Regionen der Ukraine vor. Bei der Erörterung des Gesetzentwurfes war es zu einer Schlägerei im Parlament gekommen.

Zwei Tage später nahm die Werchowna Rada (Parlament) den Gesetzentwurf in erster Lesung an. Die zweite Lesung ist laut dem ukrainischen Parlamentschef Andrij Porubij für den 16. November anberaumt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30750/02/307500202.jpg>

de.sputniknews.com: Wahnvorstellungen? Kiew fantasiert „umgefärbte“ russische Truppen herbei.

Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexander Turtschinow, hat neulich einen ziemlich kuriosen Vorwurf erhoben: Russland zieht laut ihm seine Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammen, um sie „umzufärben“ und so als UN-Friedenssoldaten zu tarnen.

„Alle Versuche Russlands, seine Kräfte, die es schon bis an die ukrainische Grenze zusammenzieht, als UN-Friedenssoldaten ‚umzufärben‘, werden vergeblich sein“, sagte Turtschinow der Zeitung „Ukrainskaja Prawda“.

Was genau er unter dem Umfärben versteht, ließ er offen. Irgendwelche Beweise für seine Äußerungen führte er ebenfalls nicht an.

Dabei soll laut ihm das neue ukrainische Gesetz zur „Reintegration des Donbass“ Russland an der Umsetzung seiner angeblichen Pläne hindern.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Entsendung von UN-Friedenssoldaten in die Ost-Ukraine begrüßt. Allerdings wies er darauf hin, dass die UN-Blauhelme nur an der Trennungslinie und ausschließlich zum Schutz der OSZE-Mission stationiert werden sollten. Dies werde aber erst nach dem Abzug schwerer Technik und unter Bedingung eines direkten Kontakts mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk möglich sein.